Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1½ Sgr.



Breslauer Zeitung

№ 354. Montag den 22. Dezember 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 19. Dezbr. Der Konsultativ-Ausschuß für die Angelegenheiten Algeriens ist rekonstituirt worden.

Den Gendarmen wurden für ihre ausgezeichneten Dienste Belohnungen verheißen.

Newyork, 6. Dez. Kossuth ist hier eingetroffen und hält Quarantaine.

Turin, 17. Dezbr. Zahlreiche Flüchtlinge aus den französischen Grenzdepartements hatten sich auf sardinischen Boden geflüchtet; sie mußten vor ihrem Eintritte die Waffen ablegen. Unter ihnen befanden sich viele vertriebene Ordnungsfreunde und selbst Beamte. Die piemontesischen Grenzbewohner fürchteten eine Invasion der sozialistischen Haufen und wünschten daher sich zu bewaffnen. Mehrere Schützendetachements wurden nach der Grenze instradirt, indeß auf die Nachricht von der Wiederherstellung der Ordnung im Departement der Nieder-Alpen wieder zurückgezogen.

Venedig, 19. Dezbr. FM. Radetzky ist mit zahlreichem Gefolge hier angelangt. Heute fand eine große und glänzende Parade Statt.

Preußen.

Berlin, 20. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem katholischen Pfarrer Franz Joseph Grein, an der St. Andreas-Kirche zu Köln, den rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Weißgerber Maximilian Teutenberg zu Wiedenbrück, im Regierungsbezirk Minden, die Rettungsmedaille am Bande, und dem geheimen expedirenden Sekretär, Hofrath Steinberg, bei der Ober-Rechnungskammer, den Titel und Dienstrang eines „geheimen Rechnungs-Raths" zu verleihen.

Abgereist: Se. Exzellenz der wirkliche geheime Rath Graf von Renard, nach Groß-Strehlitz.

[Militär-Wochenblatt.] v. Witzleben, Sec.-Lt. vom Garde-Jäger-Bat., zur Dienstl. als Adj. bei der Inspektion der Jäger und Schützen kommandirt. — v. Eckartsberg, Major a. D. zu Glogau, gestattet, statt der ihm früher bewilligten Armee-Uniform die Uniform des 3. Drag.-Regts. mit den vorschr. Abz. f. V. zu tragen. — v. Freyhold, Hauptmann, aggr. dem 7. Inf.-Regt. ins 9. Inf.-Regt. einrangirt. — v. Massow, Hauptm. im 9. Inf.-Regt., unter Beförderung zum Major, ins 14. Inf.-Regt. versetzt. — v. Knobloch, Oberst u. Komdr. d. 12. Inf.-Reg., zum Direktor des Divisionsschule der 5. Divis. und Präses der Exam.-Kommis. für P. Fähnrs. dieser Division ernannt. — v. Fallois, Major vom 38. In..-Regt., als Komdr. des Füsil.-Bats. ins 8. Inf.-Regt. versetzt. — v. Kracht, Hauptm. vom 8. Inf.-Regt., unter Beförderung zum Major, zum Komdr. des 1. Bat. 8. Ldw. Regts. ernannt. — Leo, Major vom Generalstabe des II. Armee-Korps, zum großen Generalstabe versetzt. — v. Holleben, Oberst und Komdr. des 2. Drag.-Regts., zum Komdr. der 10. Kav.-Brig., u. v. Willich, Major vom 1. Kür.-Regt., z. Komdr. des 2. Dragoner-Reg. ernannt. — Gr. v. Pölzig, Major u. int. Komdr. des Garde-Drag.-Reg., als Regts.-Komdr. bestätigt. — v. Obernitz, Hauptm. vom 26. Inf.-Regt., unter Beförderung zum Major, zum Komdr. des 1. Bat. 27. Landw.-Regts. ernannt. — v. Glümer, Pr.-Lt. vom 26. Inf.-Regt., unter Entbindung von seinem Komd. als dienstl. Adj. der 7. Ldw.-Brigade, zum Hauptmann u. Komp.-Chef befördert. — v. Gilsa I., Sec.-Lieut. von demselben Regt., zur Dienstl. als Adj. bei der 7. Landw.-Brigade kommandirt. v. Pannwitz, Major vom 28., zum 16. Inf.-Regt. versetzt. — v. Hoffmannswaldau, Hauptm. vom 38. Inf.-Regt., zum Major befördert. — v. Rohrscheidt, Major und Komdr. des 1. Bats. 27. Regt., als Komdr. des Füsil.-Bats. zum 28. Inf.-Regt. versetzt. — Gräwe, Major vom 8. Inf.-Reg., mit der Reg.-Unif. mit den vorschriftsm. Abz. f. V. u. Pens., u. Sorge, Major vom 24. Inf.-Regt., mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg. u. Pension der Abschied bewilligt. — Wunderstitz, Major u. Komdr. des 1. Bat. 8. Regts., als Oberstlieutenant mit der Regiments-Uniform mit dem vorschr. Abz. f. V. u. Pension, u. Koch, Sec.-Lieut. vom 3. Bat. 23. Regts., der Abschied bewilligt.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer. Sitzung vom 20. Dezember.

Vorsitzender: Vice-Präsident Geppert. Eröffnung um 1¼ Uhr. — Nach Erledigung des Protokolls einiger Geschäftsangelegenheiten und der Wahlprüfungen wird die allgemeine Diskussion über die unterm 20. Mai d. J. abgeschlossene Additional-Convention zu dem Handels- und Schifffahrts-Vertrage vom 23. Juni 1845 zwischen dem Zollverein und Sardinien eröffnet. Die Kommission beantragt die nachträgliche Genehmigung jenes Vertrages, die Artikel des Kommissionsberichtes werden in der Spezial-Diskussion angenommen. Die Zulässigkeit einer sofortigen Abstimmung über den ganzen Bericht wird von Kleist-Retzow behauptet, von Vincke, Dyhrn, Osterrath bestritten und wird auch für die nächste Sitzung ausgesetzt. Darauf ist der Bericht der Agrar-Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Melioration der schwarzen Elster-Niederung. Zum Kommissions-Bericht sind Abänderungs-Vorschläge von Patow, Kleist, Schweinitz und Nobeling eingebracht worden. Der Kommissions-Bericht wurde im Wesentlichen angenommen, nur der § 6 großentheils in der Patow'schen Fassung. Das Amendement von Nobeling wird angenommen, das von Kleist-Schweinitz „die Entwässerung der Niederung nicht nur bis Arnsnesta, wie es der Gesetz-Entwurf bestimmt, sondern bis zur Mündung der Elster in die Elbe" eintreten zu lassen, wird abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet am 5. Januar statt, und steht zuerst die Wahl des Präsidenten auf der Tagesordnung. (Schluß 4 Uhr.)

Berlin, 20. Dezbr. [Parlamentarisches.] Ein bereits eingebrachter Antrag wird in der ersten Kammer nach den Ferien zum Vortrag kommen, — ein neuer Antrag auf Revision der Verfassung in einzelnen Bestimmungen. Es ist dies der neulich erwähnte Antrag v. Plötz, auf Abänderung der die Berufung der Kammern und die Dauer der Legislaturperiode, so wie der Etatsbewilligung betreffenden Artikel 73, 76 und 99 der Verfassung. Art. 73 läßt die Legislaturperiode der zweiten Kammern drei Jahre dauern, der Antrag will sechs Jahre; nach Art. 76 müssen die Kammern regelmäßig im Monat November jedes Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen werden, — der Antrag will, daß die Kammern regelmäßig mindestens alle zwei Jahre berufen, und in Betreff der Etatsperiode soll diese auf zwei Jahre ausgedehnt werden, während Art. 99 der Verfassung die Einnahmen und Ausgaben des Staats für jedes Jahr im Voraus veranschlagen, und jährlich durch ein Gesetz feststellen läßt. Die Motive der Antragsteller — es finden sich unter diesen die bedeutendsten Namen der äußersten Rechten — v. Gerlach, Stahl, Fürst Reuß, die Grafen Dohna, v. Breding, v. d. Goltz, v. Obstfelder, Graf Schlieffen u. A. — stützen sich auf den mit einer alljährlichen Berufung verbundenen Aufwand an Zeit und Kosten, und heben die sehr große Schwierigkeit für die Organe der Staatsregierung hervor, neben einer sorgfältigen und prompten Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte umfassende Gesetzesvorlagen in der kurzen Zwischenzeit gründlich vorzubereiten. Im Uebrigen wird die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Abänderungen aus den Verhältnissen und Berufungsgeschäften der Abgeordneten deduzirt und durch die Anführung unterstützt, daß eine zweijährige Etats- und Legislaturperiode den Geschäftsgang vereinfacht, und die lästigen Wahlen nebst der davon untrennbaren Agitation vermindert.

Ein schon erwähnter, in der 1. Kammer gleichfalls zur Diskussion kommender Antrag des Regierungsrathes Dr. Klee und mehrerer anderer angesehener Mitglieder der Rechten auf Wiedereinführung der allg. Steuerfreiheit der evang. und kathol. Kirchenbeamten und Schullehrer, ist nicht mit einem andern bereits vorbereiteten Antrage, wegen Befreiung des geistlichen und kirchlichen Grundbesitzes von den nach der neueren Steuergesetzgebung ihm auferlegten Lasten und Abgaben, namentlich von der Grundsteuer zu verwechseln. Wie wir hören, wird dieser Antrag nicht zunächst in der ersten, sondern in der zweiten Kammern eingebracht worden.

Die Kommissionen zur Prüfung der Staatshaushalts-Etats pro 1852 sind in der ersten Kammer am 15. Dezember zusammengetreten und haben sich konstituirt. Zum Vorsitzenden der Generalkommission wurde Abg. Dr. Brüggemann gewählt, zum Schriftführer v. Enckevort.

Abg. Reuter hat mit 15 Gen. der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Ansprüche aus einer außerehelichen Schwängerung vorgelegt, der in 5 Paragraphen theils die Aufhebung, theils die Abänderung der entsprechenden Bestimmungen des A. L.-R. bezweckt. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß die landrechtlichen Bestimmungen die Entsittlichung befördert haben.

Die Justiz-Kommission der zweiten Kammer erstattete ihren Bericht über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Einführung der allgemeinen Deposital-Ordnung vom 15. September 1783, nebst den dieselbe erläuternden, ergänzenden und abändernden Verordnungen im Departement des Appellationsgerichts zu Greifswald. Die Kommission erklärt sich mit dem Entwurf überall einverstanden, ist aber der Ansicht, denselben auch auf den Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein auszudehnen, und legt einen dahin geänderten Entwurf zur Genehmigung vor.

Die Regierung hat, wie dem „Magd. Corresp." geschrieben wird, zwei Landräthe, die sich an dem bekannten Claessen'schen Antrage in der zweiten Kammer betheiligt haben, zur Disposition gestellt, „da sie annehmen muß, daß Beamte von selbst wissen müssen, daß es der Kammer nicht zusteht, sich in Verwaltungsmaßregeln zu mischen."

Berlin, 20. Dezember. [Zur Handels-Politik.] Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die deutsche Politik sich gegenwärtig in den Zoll- und Handelsfragen concentrirt. Die Katastrophe in Frankreich hat in dieser Beziehung eine Aenderung nicht hervorgebracht.

Das Näherrücken der wiener Zollkonferenz fordert dazu auf, sich die Stellung des Zollvereins zu jener Konferenz klar ins Auge zu fassen. Mögen nun die Zollverbündeten in Wien erscheinen oder nicht, sie werden mit Ausnahme Kurhessens vielleicht, wo materielle und finanzielle Verhältnisse des Landes nur sehr untergeordnet die derzeitige Regierung bestimmen, immer in der Erwägung, daß sie die ihnen durch den Zollverein gebotenen Vortheile sich erhalten müssen, immer an der Fortexistenz einer derartigen Zollverbindung arbeiten müssen. — Preußen bleibt in Wien unvertreten, aber man täuscht sich über die Sachlage, wenn man etwa glaubt, daß die nach Wien Abgeordnete schickenden Regierungen, welche bisher Zollverbündete waren, nicht ihrer und somit der Interessen des Zollverein eingedenk sein werden.

Der Zollverein in seiner restaurirten Gestalt ist schon jetzt als vollkommen gesichert zu betrachten, mögen immerhin Kurhessen, ja vielleicht Sachsen schwanken. — Namentlich wird sich Sachsen Experimenten in handelspolitischer Beziehung nicht gut hingeben können. — Man kennt Seitens dieser Regierung wohl die Gefahren, die solche Experimente haben. — Man wird auch wohlthun, zu erwägen, daß die Anstrengungen, Berlin zu einem Meßplatze zu machen, für die diesseitige Regierung nicht ungeheuere wären. — Es könnte leicht die Frage werden, ob Leipzig, ob Berlin? — und der Entscheidung möchte man in Sachsen doch mindestens nicht sicher sein.

Die Verhandlungen zwischen Belgien und dem Zollverein über einen neuen Zoll- und Handelsvertrag sind jetzt gegenseitig wieder aufgenommen. Es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß der Vertrag zu Stande kommt. Ueber die Bedingungen, unter denen dies geschehen dürfte, verlautet noch nichts. (C. B.)

Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten fand gestern eine Konferenz zwischen dem Minister-Präsidenten, den Ministern der Finanzen und des Handels und den betreffenden Räthen statt, in welcher der Handelsvertrag mit Belgien berathen

wurde. Wie wir hören, hat Belgien eine Reihe von Begünstigungen bereits eintreten lassen, doch beständen immer noch Differenzpunkte. Ueberhaupt glauben wir nicht, daß es hier der Regierung gelingen wird, abzuschließen nach ihrem jetzigen Grundsatz — nämlich Handelsverträge nur einzugehen, wenn sie den „begünstigtsten Nationen" gleichgestellt wird, — weil es schwieriger ist, aus einem ungünstigen Verhältnisse heraus sich zu einer „meistbegünstigten Nation" zu erheben, als wenn ein Vertrag überhaupt noch nicht bestanden. Erreicht Preußen auch nicht Alles, so hat es für sich und den Zollverein doch schon genug gethan, wenn es statt des Vertrages, den der ehemalige diesseitige Gesandte in Belgien, Freiherr Heinrich v. Arnim, im Jahre 1844 abgeschlossen hat, und in welchem alle Vortheile auf Seiten Belgiens lagen, eine Stellung erlangt, in welcher es gleichmäßig für gegebene Begünstigungen auch wieder Begünstigungen erhält.

Während die holländische Regierung den mit Preußen vereinbarten Handels-Vertrag für sich sofort als bindend anerkannt hat, hat dieselbe der preußischen Regierung in Rücksicht auf die nothwendigen Unterhandlungen mit den Zollvereins-Staaten, zur Abgabe einer bindenden Erklärung die Frist bis zum 31. d. Mts. zugestanden. Bereits haben einzelne Regierungen, z. B. Sachsen-Koburg, ihre unbedingte Zustimmung zu dem Vertrage eingesandt; dagegen wird uns aus München gemeldet, daß die bei den Rheinzöllen betheiligten Staaten zwar gleichfalls ihre Zustimmung einsenden werden, jedoch mit einer Reservation in Bezug auf diese Zölle. (N. Pr. Z.)

[Die Publikation der Bundestags-Verhandlungen] führt wirklich, wie wir schon andeuteten, zu einem neuen eigenthümlichen Dissens zwischen Preußen und Oesterreich. Bisher durfte man den Inhalt offizieller Publikationen als authentisch ansehen, in dem vorliegenden Falle aber wäre das offizielle in die Oeffentlichkeit gekommene Aktenstück lediglich der Träger von Partei-Bestrebungen. Die „Preußische Zeitung" läßt sich hierüber aus Frankfurt ausführlichere Mittheilungen machen, denen wir Folgendes entnehmen: „Die „Ober-Post-Amts-Zeitung" bringt eine Publikation über den bekannten dresdener Entwurf einer Uebereinkunft wegen Handels- und Verkehrs-Erleichterungen, welcher so entschieden von einem einseitigen Standpunkte aus abgefaßt ist, daß Preußen diese Veröffentlichung nicht als den offiziellen Ausdruck der Bundesversammlung anerkennen kann." Die „Preußische Zeitung" führt als Beweis für diese Behauptung die Verschiedenheit der Ansichten zwischen Preußen und Oesterreich in der vorliegenden Frage an und findet den diplomatischen Gebrauch, daß schwebende Verhandlungen niemals der Oeffentlichkeit übergeben werden, durch den Redaktions-Ausschuß des Bundes verletzt. „Und zwar ist diese Publikation geschehen, heißt es weiter, ohne daß man den Betheiligten die erforderliche Zeit gelassen hat, ihre Bedenken gegen den Inhalt jener Veröffentlichung zu einer Entscheidung durch die Bundesversammlung zu bringen, obwohl der betreffende Bundesbeschluß vom 7. Nov. d. J. in dieser Hinsicht eine ausdrückliche Bestimmung enthält. Der Redaktions-Ausschuß besteht aus den fünf Gesandten von Oesterreich, dem Königreiche Sachsen, Würtemberg, Baden und den thüringischen Staaten. Die drei ersten Stimmen geben also schon über die Art und Weise der Publikation den Ausschlag. Sollten sie nun auch allein berechtigt sein, als Organ des deutschen Bundes zu der deutschen Nation zu sprechen? Daß die Ansichten dieser drei Regierungen in der deutsch-österreichischen Zollsache nicht mit der preußischen übereinstimmen, ist bekannt. Nicht aber konnte man erwarten, daß sie in jenem offiziellen Resumé ihre Sonderansichten als die offizielle Ansicht der Bundesversammlung hinstellen würden. Dennoch sind vier Spalten der „O. P. A. Z." darauf verwendet, die Geschichte des dresdener Entwurfes zu geben, während der Verlauf der Bundesverhandlungen und namentlich der Inhalt des dresdener Entwurfes kaum mit einem einzigen Worte erwähnt ist." Die „Preuß. Ztg." bemerkt noch, daß dieser Entwurf Bestimmungen über ein einheitliches deutsches Zoll- und Münzsystem nicht enthält, und daß die weitere Beschlußnahme über diese Frage bis zum Jahre 1858 vertagt ist.

Berlin, 20. Dez. [Zur Tages-Chronik.] Se. Majestät der König wiederholten bereits gestern Ihren Besuch in der Weihnachts-Ausstellung der Gewerbehalle. Allerhöchstdieselben erschienen nur in Begleitung eines Adjutanten ganz unvermuthet in der Mittagsstunde und ergingen Sich in der heitersten Weise in den gerade um die Zeit nicht sehr besuchten Räumen des Bazars. Allerhöchstdieselben machten wiederum neue bedeutende Einkäufe und wählten Allerhöchstselbst die Gegenstände aus, die auf besonderen Befehl auch sofort nach Charlottenburg geschickt wurden. Unter den angekauften Gegenständen sind besonders nennenswerth ein schöner Divan, vom Tapezirer Martin, und ein neben Sessel zu stellender, mit Taschen zur Aufnahme von Briefschaften versehener, prachtvoller Schirm von dem Kunstdrechsler Messerschmidt. Nicht wenig erfreut waren die Aussteller, als sie Abends erschienen und den allerhöchsten Besuch Sr. Majestät erfuhren. In der huldvollsten Weise haben Allerhöchstdieselben einen ferneren verheißen.

An dem Staatshaushalts-Etat für 1852 wird von verschiedenen Seiten getadelt, daß eine Mehr-Ausgabe von mehr als 2 Millionen nicht durch ordentliche Mehr-Einnahme gedeckt sei, demnach die Steuerkraft des Landes noch mehr angestrengt werden müsse. Diese letztere Befürchtung dürfte sich jedoch nicht rechtfertigen, vielmehr steht mit Zuversicht zu hoffen, daß die Mehr-Ausgabe, entstanden durch die Verzinsung der Schulden und die nothwendige Erhöhung des Militär-Etats, vollkommen durch die ordentliche Mehr-Einnahme gedeckt werden wird. Denn die einzelnen Einnahme-Posten werden schon um deswillen einen höhern Ertrag liefern, weil sie wie gewöhnlich möglichst niedrig angesetzt sind. Ferner wird die unzweifelhaft bevorstehende Erhöhung der Runkelrübenzucker-Steuer bei dem Umfange dieses Betriebes eine beträchtliche Summe liefern. Auch heben sich, nach den neuesten Berichten aus den Provinzen, namentlich den westlichen, Handel und Verkehr sichtlich, und die Einziehung der Reste wird gleichfalls einen nicht unbeträchtlichen Ertrag liefern. (Schw. A.)

Auch Seitens europäischer Marine-Verwaltungen hat man, nachdem sich in Amerika herausgestellt hat, daß die Schnelligkeit der amerikanischen Schnellsegler dadurch wesentlich bedingt wird, daß die amerikanischen Segel aus Baumwolle angefertigt werden, derartige Versuche gemacht. Der Vorzug der Baumwolle besteht darin, daß sie weniger porös als andere Stoffe und so im Stande ist, dem Winde einen größern Widerstand zu bieten.

In der Provinz Posen macht sich vielseitig die Ansicht geltend, es sei nothwendig, in den größeren Städten der Provinz Bank-Kommanditen zu errichten. Bankdirektor Rosenthal aus Posen hat mit Rücksicht auf diese Verhältnisse die Provinz durchreist und wird wohl demnächst hierher Bericht erstatten. — Zunächst wäre wohl anzunehmen, daß in Lissa eine Bank-Agentur eingerichtet würde.

Von einer Anzahl hiesiger Gewerbtreibender wird seit längerer Zeit auf Errichtung eines Gewerbegerichts in Berlin gedrungen. Von Seiten der Behörden war man allgemein der Meinung, daß ein Bedürfniß zur Einführung eines Instituts dieser Art hier nicht vorliege, da die Organisation der hiesigen Gerichte den Anforderungen, welche der hauptstädtische Gewerbe- und Handelsverkehr an die Rechtspflege gemacht, ausreichend entspricht. Auch die Kommunalbehörden haben diese Meinung getheilt, nur der Gewerberath hat sich in der verflossenen Woche für Einführung eines Gewerbegerichts entschieden. (C. B.)

Des Königs Majestät haben dem hiesigen Diakonissenhause Bethanien die Summe von 50,000 Thalern zu schenken geruht.

Seine königliche Hoheit der Prinz Albert (Gemahl der Königin Victoria), welcher zum Ehrenmitglied der hiesigen gemeinnützigen Baugesellschaft erwählt, und der von dieser Wahl durch den erlauchten Protector der Gesellschaft, Se. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen, in Kenntniß gesetzt worden war, hat hierauf folgendes Antwortschreiben an Se. königl. Hoheit gerichtet, das wir unsern geehrten Lesern mitzutheilen uns beeilen. „Königliche Hoheit! Mit großer Freude habe ich das Ew. königl. Hoheit als Protektor der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft, sowie von dem Vorstande dieser Gesellschaft unterzeichnete Schreiben vom 20. vor. Monats erhalten und danke Ihnen aufrichtig für dessen verbindlichen Inhalt. Ich werde mich glücklich schätzen, die Ehrenmitgliedschaft eines Vereins zu besitzen, der, wie ich aus den Anlagen Ihres geehrten Schreibens ersehe, eine so glückliche Thätigkeit entfaltet auf einem Felde, das auch diesseit des Kanals mit vielem Eifer zum Wohle der arbeitenden Klassen bebaut wird, und dem auch ich seit mehreren Jahren eine besondere Theilnahme zugewandt habe. Sollte ich Ew. königl. Hoheit zum Besten Ihrer Gesellschaft durch Mittheilung von hier gemachten Erfahrungen einen Dienst erweisen können, so bin ich mit Freuden hierzu bereit, sowie auch zur etwanigen Uebersendung von Proben zu Bau-Material und dergleichen, falls es der verehrlichen Gesellschaft von Interesse sein sollte. Mit den aufrichtigsten Wünschen für den Erfolg der gemeinnützigen Baugesellschaft, bin ich Ew. königl. Hoheit dienstwillig treuer Vetter. gez. Albert. H. z. S. Osborne, Isle of Wight, 8. Dezbr. 1851."

Die Ober-Präsidenten v. Witzleben, v. Düesberg und v. Puttkammer haben sich heute für die Zeit der Vertagung der Kammern nach ihren resp. Provinzen zurückbegeben.

Der frühere Legations-Sekretär bei der diesseitigen Gesandtschaft in München, v. Chambrier, der zur Zeit als Hilfsarbeiter im Ministerium des Auswärtigen beschäftigt ist, wird, dem Vernehmen nach, in diesem Ministerium eine definitive Stellung erhalten. (N. Pr. Z.)

β **Königsberg**, 17. Dezember. [Polizeiliche Maßregeln zur strengeren Ueberwachung der Fremden. — Wiederbeginn der Dampfschifffahrt. — Professor Dr. Burow.] Alle hiesigen Gasthofsbesitzer sind von der Polizei-Behörde vor einiger Zeit angewiesen worden, strenge auf sofortige Vorzeigung der Pässe bei ankommenden Reisenden zu halten, dieselben genau zu prüfen, von der Anwesenheit verdächtiger staatsgefährlicher Personen der Polizeibehörde augenblicklich Kenntniß zu geben und die Fremden überhaupt rechtzeitig bei derselben anzumelden. In Folge dessen wird in einigen Gasthäusern noch des Nachts den Reisenden bei ihrem Eintreffen das Fremdenbuch zur Eintragung ihrer Namen vorgelegt und werden die angekommenen Fremden zweimal des Tages gemeldet. — Wegen des anhaltend gelinden ganz herbstlichen Wetters wird von morgen ab der Dampfschifffahrts-Verkehr zwischen hier und Elbing wieder ins Leben treten. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt unser allgemein geschätzter Operateur Professor Dr. Burow sich nach Berlin zu übersiedeln, um dort einen größeren Wirkungskreis zu erreichen. Seine augenblickliche Anwesenheit in Berlin wird mit diesem Plane in Verbindung gebracht.

Posen, 18. Dezbr. [In der heutigen Gemeinderathssitzung] kam der Antrag zur Geschäftsordnung zur Verhandlung: „die Geschäftssprache der Versammlung ist die deutsche." Er wurde schließlich, da nur 11 Deutsche dafür, aber 9 Polen und 3 Deutsche dagegen stimmten, abgelehnt, doch führte die Verhandlung zu sehr heftigen Auftritten.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Dezbr. [Notizen.] Der Sachverständige Oesterreichs in dem technischen Beirathe des handelspolitischen Ausschusses, Ministerialrath Hock, hat nun Frankfurt verlassen und sich nach Wien begeben. — Die Veröffentlichung eines Resumés über die in der Bundesversammlung gepflogenen Flottenberathungen ist in Kürze zu gewärtigen. — Unser Senat hat nun einen neuen Verfassungsausschuß ernannt, welcher zum Zwecke hat, den Beschluß der ständigen Bürgerrepräsentation zu prüfen und eine neue Verfassung zu entwerfen. Das wäre also die fünfte frankfurter Verfassung seit 1848. (N. Pr. Z.)

[Bundestägliches.] Die „Ober-Post-Amts-Zeitung" und die „Preußische Ztg." setzen die offizielle Mittheilung der Bundestags-Verhandlungen fort und zwar über die in der Sitzung vom 7. November ferner gepflogenen Verhandlungen. Auf die Vorstellungen wegen Wahrung der Rechte der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee aus dem Pensionsgesetz vom 15. Februar 1850 wurde dem Antrage gemäß beschlossen: „dem Freiherrn v. d. Horst zu eröffnen, daß die Bundesversammlung nicht ermächtigt sei, über die gegen die gegenwärtige Regierung des Herzogthums Holstein wegen angeblicher Vernichtung eines Privatrechts erhobene Klage zu entscheiden und sich zu Vertretung des geltend gemachten, im gesetzlichen Wege anscheinend nicht verfolgten Anspruchs nicht bewogen finden könne." In der Hauptsache gleichlautende Beschlüsse ergingen auf die Beschwerden des schleswigschen Majors a. D. Freiherrn v. Steensen und Hauptmanns Schmidt wegen ihrer Pensionsverhältnisse. — Auf die Beschwerden hannoverscher Ritter- und Landschaften gegen die dortige Staatsregierung wegen Verfassungsverletzung, beschloß die Bundesversammlung „die königl. hannoversche Regierung zu ersuchen, ihre Erklärung abzugeben und, ohne daß dadurch den in der Sache in Betracht kommenden formellen und materiellen Verträgen irgendwie präjudicirt werden solle, mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden Provinzialverfassungen vorerst einzuhalten, und endlich von diesem Beschlusse die Beschwerdeführer in Kenntniß zu setzen." — Eine Gegenvorstellung der auf dem Provinziallandtage des Fürstenthums Lüneburg vertretenen Städte, die Reorganisation der Provinziallandschaften des Königreichs Hannover betreffend, wurde, „weil alle Gründe, welche in dieser Gegenvorstellung vorgebracht, in der hohen Bundesversammlung nicht ohne Erwägung geblieben seien, auch bei der demnächstigen Prüfung der Sache, zum Zwecke ihrer endlichen Erledigung, alle Beanstandungen, auf welche die Gegenvorstellung gestützt werde, bei der Erörterung sich von selbst reproduciren", vorläufig zu den Akten zu nehmen beschlossen. — Bekanntlich ist in der Presse schon vielfach davon die Rede gewesen, daß durch die Besitzergreifung der beiden hohenzollernschen Fürstenthümer von Seite Preußens auch dessen beide Stimmen im Plenum der Bundesversammlung an letzteres übergegangen seien, somit Preußen im Plenum 6, statt der bisherigen 4 Stimmen zu führen habe. Bis jetzt ist eine derartige Forderung beim Bundestage, so viel man hört, noch nicht zur Sprache gekommen; wohl aber soll sie Gegenstand der Separatverhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich gewesen sein. (F. J.)

Die österreichische Regierung beabsichtigt nicht (obgleich die „Nat.-Ztg." es meldet) beim Bundestage auf Bildung einer „Bundespreßbehörde" anzutragen: dagegen ist dieselbe mit dem Plane eines „Bundesanwalts für Preßangelegenheiten" hervorgetreten. Diesem Anwalte solle obliegen, mit einigen Subaltern-Beamten die innerhalb des Bundesgebiets erscheinenden deutschen Blätter zu lesen und wegen etwaniger Bedenken mit der betreffenden Regierung direkt sich in Verbindung zu setzen; erst wenn eine solche einzelne Regierung mit dem Anwalte sich nicht in Einverständniß zu setzen vermag, würde der Bundestag die Sache zur Ausgleichung der Differenz vor sein Forum ziehen. — Aus Wien wird jetzt aufs Bestimmteste versichert, daß die österreichische Regierung nicht daran denke, einen besondern Bundes-Präsidialgesandten zu ernennen. (N. Pr. Z.)

München, 17. Dezbr. Die Kammer der Reichsräthe hat dem Gesetz-Entwurf, die Aufbringung des Bedarfes der Eisenbahnbau-Dotationskasse betreffend, mit den Modifikationen der Abgeordneten-Kammer ihre Zustimmung ertheilt. — Das Regierungsblatt enthält folgende Verordnung, die mit den Zollvereinsstaaten vereinbarte Suspension der Waaren-Controle im Binnenlande betreffend: 1) Die auf die Waaren-Controle im Binnenlande bezüglichen Vorschriften haben mit dem 1. Februar k. J. bis auf weitere Verfügung außer Kraft zu treten. 2) Die im § 36, Punkt 1 und 4 des Zollgesetzes enthaltenen Vorschriften dagegen, wonach a) die aus dem Auslande oder aus dem Grenzbezirke in das Innere des Landes übergehenden Waaren mit den im Grenzbezirke empfangenen Abfertigungsscheinen bis zum Bestimmungsorte begleitet sein müssen, b) Waarenführer und Handeltreibende beim Transporte zollpflichtiger fremder oder gleichnamiger inländischer Waaren auch außerhalb des Grenzbezirkes den Zoll-, Steuer- oder Polizeibediensteten über die transportirten Waaren aufrichtige Auskunft zu geben haben, so wie die auf denselben Gegenstand bezügliche Bestimmung des § 92 der Zollordnung sollen auch über den unter Ziffer 1 benannten Zeitpunkt hinaus in Wirksamkeit verbleiben.

Karlsruhe, 17. Dezbr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Abgeordnete Bader zum Präsidenten gewählt. Außerdem ist die Uebermittelung der Regierungsvorlagen angekündigt. Der französische Gesandte Herr v. Meneval hat heute dem Großherzog sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Am Schlusse der gegenwärtigen Budget-Periode soll sich in unseren Staatsfinanzen ein nicht unbedeutendes Defizit (man spricht von 300,000 Gulden) herausgestellt haben.

Darmstadt, 17. Dezember. Die erste Kammer hat sich heut vertagt und die Anberaumung der nächsten Sitzung ihrem Präsidenten überlassen.

Kassel, 18. Dezember. Mehre Blätter erwähnten kürzlich die dem bekanntlich in Haft befindlichen Obersten d'Orville widerfahrene „rücksichtsvolle Behandlung." Zur Widerlegung dieses von offiziöser Seite ausgestreuten Gerüchtes möge Folgendes dienen: Eine der Töchter d'Orvilles war gefährlich erkrankt und äußerte in diesem Zustande mehrmals den Wunsch, ihren Vater zu sprechen. d'Orville, welcher hiervon Nachricht empfing, bat um die Erlaubniß, diesem Wunsche nachkommen zu dürfen und erhielt zweitägigen Urlaub. Als die Frist abgelaufen war, fand sich der Festungs-Kommandant in der Wohnung des unglücklichen Familienvaters ein, um denselben wieder nach Spangenberg abzuführen. Er saß am Krankenbette seiner Tochter, welche in wilden Fieberphantasien lag, aus denen Tod und Leben sich entwickeln konnte. Die Angst des Vaterherzens überwog jede Rücksicht auf gegebene Verhältnisse; d'Orville weigerte sich, seine Tochter in diesem kritischen Momente zu verlassen. Der Kommandant fühlt menschlich genug, den unglücklichen Mann gewaltsam nicht vom Bette seiner kranken Tochter zu reißen, empfängt aber dafür eine gewaltige Nase und die Weisung, nöthigenfalls „zwangsweise" einzuschreiten. Das wäre die eine Seite der rücksichtsvollen Behandlung. Das Bild wird aber noch vollständiger. Die Familie d'Orville bezog bald darauf ein am Fuße der Bergfeste Spangenberg liegendes Häuschen, von wo aus sie die Fenster der Zelle erblicken konnten, in der eine ihnen so theure Person gefangen saß. Als man in gewissen Kreisen Kassels von dieser Familienanhänglichkeit Bericht empfing, wurde der Kommandant sogleich angewiesen, den Obersten d'Orville in eine andere auf der entgegengesetzten Seite der Bergfeste liegende Zelle zu bringen. (D. Reichs-Z.)

Hannover, 19. Dezember. [Die heutige Sitzung der zweiten Kammer] eröffnete mit einer Interpellation an die Regierung wegen der Städteordnung, welche der Minister folgendermaßen beantwortete: Die Regierung sei allerdings ernstlich gesonnen, mit der Ausführung der Städteordnung vorzuschreiten; wie es aber mit den Bedingungen stehe, die der Städten bei Ausführung der Städteordnung gemacht worden, darüber werde er in einer der nächsten Sitzungen (!) Auskunft ertheilen. — Hierauf begründet Pfaff seinen Urantrag, der Regierung zur Erwägung anheimzugeben, inwiefern die Gefahren, die durch den Anschluß Hannovers an den Zollverein und die dadurch vermehrte Anstellung von Steuerbeamten für die Grenz-Bezirke herbeigeführt werden, beseitigt werden könnten. Derselbe wird der Kommission für den September-Vertrag zugewiesen.

Sternberg, 18. Dezbr. Heute wurde den Vice-Landmarschällen „die resp. Landtags-Abschiede eingehändigt mit der Erklärung, daß der Landtag nunmehr beendigt sei." — Gestern nahm der Landtag noch die beiden landesherrlichen Reskripte vom 1. und resp. 2. d. M., betreffend die theilweise Wiederherstellung der körperlichen Züchtigung als Strafmittel an.

♂ **Kiel**, 19. Dez. [Truppen-Verpflegung.] Es ist faktisch, daß wegen Verpflegung der Bundestruppen bis Ende April 1852 von Neuem Lieferungskontrakte abgeschlossen sind, allein denselben ist die bemerkenswerthe Klausel eines achttägigen Kündigungsrechts hinzugefügt, falls das Bundes-Militär früher abziehen sollte. Die Kommissäre werden jedenfalls so lange als das Militär im Lande bleiben, was auch vom deutschen Kriegsdepartement gilt. Bis dahin bildet Letzteres zwischen dem dänischen General-Kommando und dem Kommissariate die Mittelstufe, so daß beispielsweise der Ober-Kommandeur an das Kriegsdepartement und dieses alsdann an die Kommissäre berichtet. Letztgenannte bilden nun wiederum die Vermittlung zwischen den auf die Streitfrage bezüglichen Kommissionen und dem Bundestage, so übergab die Grenzregulierungs-Kommission ihre Protokolle an dieselben ab, um sie weiter nach Frankfurt zu befördern. Ueber die Art und Weise der Zusammensetzung der Provinzialstände unterhandelt jetzt Kammerherr Bille in Berlin. Derselbe wird indessen noch vor Neujahr in Kopenhagen zurückerwartet. Ein kopenhagener Blatt will von einer eventuellen Auflösung des Reichstages wissen, so daß schon die Reisediäten der Deputirten bereit lägen. Wir glauben nicht hieran. Das submarine Telegraphenprojekt von Kopenhagen nach Hamburg und London dürfte am Kostenpunkte, den der englische Ingenieur Shephard aufgestellt, scheitern. Bemerkenswerth ist der Antrag eines kopenhagener Reichstagsmannes, die dänischen westindischen Besitzungen (St. Thomas und St. Croix) zu verkaufen, weil sie dem Staate mehr kosten, als sie ihm einbringen.

Dänemark.

♂ **Kopenhagen**, 17. Dez. [Kammerherr v. Bille] überbringt, wir können Ihnen dies sicher mittheilen, die Antwort auf die deutschen Noten vom 9. und 14. Sept. Dieselbe enthält zugleich das Protokoll der Reichstagssitzungen über die deutsch-dänische Frage, worauf sie fußt. Da v. Bille bis zu diesem Augenblick im Ministerium des Auswärtigen gearbeitet und demzufolge mit der Frage vertraut ist, wurde er als der geeignetste zu dieser Sendung gehalten. Von Berlin begibt er sich nach Wien, demungeachtet wird er noch in diesem Monate zurückerwartet. — Der erschütternde Staatsstreich wurde in Christiania erst am 12. d. bekannt, worüber die dortigen Blätter sofort Extrablätter veröffentlichten.

Oesterreich.

***Wien**, 20. Dezbr. [Tagesbericht.] Gestern wurde der englische Gesandte, Graf Westmoreland, zur kaiserlichen Tafel gezogen. — FZM. Baron v. Jellachich ist gestern hier eingetroffen.

Der Militär-Maria-Theresienorden zählt gegenwärtig 174 Mitglieder, darunter 6 Großkreuze und 20 Kommandeurkreuze.

Der bekannte Schriftsteller Karl Hawliczek, welcher mit einer bedauernswerthen Beharrlichkeit in Schrift und Rede, einen erbitterten Kampf gegen die weltliche und päpstliche Autorität, seit mehreren Jahren fortführte, ist wegen seines gemeinschädlichen, besonders auf die unteren Volksklassen czechischer Zunge geübten Einwirkens, aus Böhmen weggewiesen und demselben Brixen in Tirol als Aufenthaltsort bestimmt.

In Triest ist kürzlich der neue Kriegsdampfer „Taurus" von der „Lucia" bugsirt angekommen, um vollständig ausgerüstet zu werden. Der „Taurus" wurde unter der revolutionären Regierung in Venedig begonnen. Die Maschinen zu demselben wurden in der triester Fabrik der Gebrüder Strudthoff verfertigt.

Freiherr v. Gehringer soll in den Reichsrath berufen sein und seine Stelle durch den Grafen Franz Zichy ersetzt werden.

In Berücksichtigung des Umstandes, daß aus den letzten Kriegsjahren viele Söhne von Grenzoffizieren verwaist blieben und einer Versorgung bedürfen, hat der Kaiser anbefohlen, ein Militär-Erziehungs-Institut in Klosterneuburg für 150 derlei Jünglinge zu errichten und mit der Aufstellung dieser Anstalt den Obersten v. Molinari betraut. In der kürzesten Zeit wurde ein dem Zwecke entsprechendes Gebäude durch die Thätigkeit der Pionniere aufgeführt, und das Institut steht mit der bewilligten Anzahl der Zöglinge bereits organisirt da. Die Zöglinge werden sowohl in der Verpflegung als in wissenschaftlicher Beziehung jenen der Kadettenkompagnien gleich gehalten und sind wie die Grenztruppen adjustirt, nämlich dunkelbraun, mit hochrothen Aufschlägen, gelben Knöpfen, jedoch statt Beinkleider, blaue Pantalons, braun passepoilirt u. Halbstiefeln. Da bei der ersten Aufnahme das Alter bis auf das neunte Jahr berücksichtigt wurde, so sind derzeit außer den vier Jahrgängen auch drei Vorbereitungsklassen, die jedoch seiner Zeit wieder aufgehoben werden, und dann als Normalalter zur Aufnahme, das 13. Lebensjahr festgesetzt bleibt. Sowohl das Lehr- und Wartepersonal ist aus dem Stande des Pionnierkorps beigezogen und es befinden sich derzeit im Institute: als Kommandant, Hauptm. Wasserthal, ferner die Oberlieutenants Koprziwa und Heinrich, Lieutenant Hollub und 15 Unteroffiziere, welche letztere nach Maßgabe als die Vorbereitungsklassen aufhören, vermindert, dagegen die Zahl der Offiziere vermehrt wird.

Im Hochgebirge Galiziens und besonders im Neu-Sandecer Bezirk fiel eine solche Masse Schnee, daß die Wege stellenweise klafterhoch verschneit sind. Wilde Raubthiere zeigen sich allenthalben und ziehen sogar bis in die Mitte der Dörfer vor.

Frankreich.

Paris, 18. Dezbr. [Tagesbericht.] Dem Ministerium sind gestern ungefähr vierzig neue Adhäsionen von mehreren Gemeinden des Landes zugekommen.

Ein Bericht des Ministers des Innern an den Präsidenten der Republik im Moniteur enthält die Reformen, welche der Minister des Innern in der Centraladministration vorzunehmen gedenkt. Er gehe von dem Grundsatz aus: wenige aber gutbezahlte Beamte zu haben. Die erste dieser vorzunehmenden Reformen wäre nämlich die Abschaffung der Generalsekretariate, welche zu ihrem Zweck hatten, bei dem Ministerium die Arbeit anderer Divisionen zu centralisiren. Ein Bureauchef von den 21 würde abgeschafft und 145 kleine Beamten würden neu angestellt. Die Gehalte im Ministerium würden gleich und verhältnißmäßig erhöht. — Sodann folgt das diesen Bericht verwirklichende Dekret des Präsidenten der Republik.

Ein weiteres Dekret ernennt eine Finanz-Kommission, die jährlich am 31sten Dezember eine „vollkommene Verifikation der Rechnungsführung aller Zweige des Finanzministeriums vorzunehmen hat." Diese Finanzkommission besteht aus den folgenden Mitgliedern: Gouin, Präsident der Kommission, Lonnet, Manuel, Marchand, Quentin, Bauchard, Picaro, Lebas de Courmont, Grandel, Raynaud de Barbarin.

Der Moniteur meldet ferner, daß die Konsultativ-Kommission laut Verordnung des Justizministers in drei Sektionen zertheilt. — Das erste Komitee ist mit Prüfung der Angelegenheiten des Ministeriums des Innern, der Justiz, des Unterrichts und Kultus beauftragt und besteht aus den hier folgenden Mitgliedern: Boulatignier, Delangle, Charles Giraud, Tremy, Hermann, Janvier, de Parieu, Renouard, Tourangin, Vaïsse. — Das zweite mit Prüfung der Angelegenheiten des Ministeriums der Arbeit und des Handels beauftragte Komitee besteht nämlich aus: Ferdinand Barrot, Bineau, Dabeaux, Heurtier, Ladoucette, Maigne, Lequien, Thieullen und Vuillefroy. — Das dritte Komitee, welches die Angelegenheiten des Finanz-, Kriegs- und Marineministeriums zu prüfen hat, besteht aus den folgenden Männern: d'Argout, Boinvilliers, Chabenet, Chassaigne-Goyon, Delacosse, Lacrosse, Gaulhot de St. Germain, dem General Reignault de St. Jean d'Angely und Vintry. — Jedes der drei bezeichneten Komitee's wählt seinen Präsidenten.

Wir lesen im „Bulletin de Paris": die Insurrektion in den Niederalpen ist vollkommen überwunden. Digne wurde von den Truppen genommen. Die Insurgenten fliehen. — Der „Moniteur parisien" hingegen sagt, daß am 15. l. M. Barcellonette noch in den Händen der Insurgenten gewesen, die sich der Kassen bemächtigt.

Das „Bulletin de Paris" giebt unter dem Datum 15. Dez. folgende Nachrichten aus den südlichen Departements: Das Departement Vaucluse ist ruhig. Die von Avignon aus nach Apt und Forcalquier gesendeten mobilen Kolonnen haben zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die friedliche Bevölkerung beruhigt. Alle Kommunikationen zwischen Digne und Avignon sind wieder hergestellt.

Die „Opinion publique" will wissen, daß das in Straßburg gelegene 38. Linien-Regiment nach Paris berufen ist.

Die Nachricht von der Entlassung Cavaignacs ist eine Lüge der Regierung; der General ist bis diesen Augenblick noch in Haft.

Das auf die Abstimmung vom 20. und 21. Dezember bezügliche Plakat mit Angabe der bezüglichen Sektionen und der Ordnung der Kartenvertheilung wurde heute Morgen in allen Arrondissements von Paris angeschlagen. Die Bekanntmachung schließt mit folgender Empfehlung: „Der Maire kann seinen Mitbürgern nicht genug empfehlen, mit der größten Genauigkeit ihre Pflicht als Wähler zu erfüllen."

Es ist nicht zu verkennen, daß sich hier großer Wahleifer zeigt. Die Mairien sind buchstäblich von den Wählern belagert. Gewiß ist, daß die demokratische Partei das Spiel noch nicht verloren giebt, und da ihr die Presse nicht mehr zu Gebote steht, so sind lithographische und autographische Zirkulare in die Provinz gesandt worden, um die Parteien zu ermuntern, mitzustimmen, und sich nicht der Wahl zu enthalten. Bei alle dem ist die Stimmung im Allgemeinen eine solche, daß diese Bemühungen schwerlich Erfolg finden. In jenen Departements, die unter Belagerungsstand stehen und deren Zahl noch immer im Zunehmen begriffen ist, ist gar nicht daran zu denken, daß die demokratische Partei den Kampf durch die Wahlurne wieder aufnimmt.

Die Börse war heute wieder flauer als gestern, und gingen die Fonds auf den vorgestrigen Cours zurück.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 21. Dezember. [Verspätete Ankunft des niederschlesisch-märkischen Bahnzuges.] Auch heute traf der Nachtzug der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn um fast zwei Stunden später ein, nämlich um 12 Uhr Mittags statt 10 Vormittags. — Die Witterung war gestern und heute sehr schön. Auch sind die Züge der ober-schlesischen Bahn regelmäßig hier eingetroffen.

△ **Görlitz**, 20. Dez. [Wahl zur 2. Kammer.] Bei der heute früh um 10 Uhr abgehaltenen Wahl zur 2. Kammer war eine ziemlich hartnäckige Abstimmung. Bei der ersten Wahl erhielten Stimmen die Herren Kreisrichter Pfennigwerth in Reichenbach O/L., Oberst v. L'Estocq auf Kieslingswalde, geh. Ober-Justizrath a. D. Stadtrath Starke, Hauptmann a. D. Graf Reichenbach und Seilermeister Prüfer, sämmtlich von hier, Lederhändler Schmidt in Seidenberg, Landesältester Graf Löben auf Nieder-Rudelsdorf, endlich Hauptmann a. D. Zimmermann hieselbst. Bei der nun folgenden engeren Wahl waren 267 Stimmgeber anwesend. Es erhielten der Kandidat der ländlichen Aristokratie, von neupreußischer Richtung, Herr Oberst v. L'Estocq 123 Stimmen, der Kandidat der Stadt Görlitz, Herr Gemeindeverordneter Graf Reichenbach (Schwager des Fürsten Reuß-Jänkendorf) 141, Herr Kreisrichter Pfennigwerth 3 Stimmen. Somit war Herr Graf Reichenbach gewählt.

(Notizen aus der Provinz.) * Auras. Auch die hiesige Gegend hat das letzte Hochwasser sehr hart getroffen. Die Oderdämme bei Kottwitz und Raake sind an mehreren Stellen überfluthet und durchbrochen worden. Die Folge davon war, daß die genannten Dörfer und die Umgegend überfluthet wurden und die Einwohner mit ihren Habseligkeiten und ihrem Vieh flüchten mußten.

∻ Schweidnitz. In unserem Gewerbeverein entwickelt sich wieder ein reges Leben, er hat vor Kurzem seine Sitzungen eröffnet, und Herr Fabrikbesitzer Kopisch aus Weizenrodau in denselben Mittheilungen über die londoner Industrie-Ausstellung gemacht. Hoffentlich wird auch die thätige Theilnahme an dem Bürgerrettungs-Institute wieder eine größere werden, indem beide Institute in dem innigsten Zusammenhange zu einander stehen. — Die hiesige Sonntagsschule, ebenfalls ein Kind des Gewerbevereins, hat besseren Fortgang. Der Unterricht in derselben, wird Sonntags Vormittags von 11 bis 12 und Nachmittags von 1 bis 4 Uhr ertheilt. Für den Unterricht im Zeichnen wird ein besonderer Lehrer mit 30 Thaler honorirt.

Liegnitz. Im hiesigen Wintergarten fand man dieser Tage einen lebendigen Maikäfer, und als man weiter grub, entdeckte man unter der dünnen Erddecke ein sehr reges Leben der hier sich aufhaltenden Insekten. Die Witterungskundigen wollen aus diesen Erscheinungen auf einen meist gelinden Winter schließen. (Auch von anderen Orten her, so z. B. aus Schlesien prophezeiet man einen sehr gelinden Winter.) — Es giebt hier eine Spielerbande, die eine zeitlang ihr beutelplünderndes Geschäft in unserer Stadt betrieb, und als ihr die Polizei gar zu sehr auf den Fersen war, ihre Fallstricke auf dem Lande ausspannte. Doch auch hier zeigte die Polizei eine sehr löbliche Wachsamkeit. Jene Spieler-Klique wurde erwischt und am 17. d. M. auseinandergetrieben. — Die Nachtigal'sche Schauspieler-Gesellschaft wird uns leider verlassen. Künftigen Montag giebt sie ihre letzte Vorstellung, indem zum ersten Male „des Herrn Magisters Perücke" aufgeführt werden wird.

= Landshut. Unsere Handelskammer hat Proben in Spanien gefertigter Leinen-Waaren erhalten. Dieselben liegen bei dem Handelskammer-Präsidenten Herrn C. Pohl zur Ansicht für jeden sich dafür Interessirenden bereit. — Unsere Sparkasse wird von jetzt ab auch den auswärtigen Gesellen, Lehrlingen und Dienstboten, gleich den Einheimischen, 4 Prozent Zinsen für ihre Einlagen gewähren. — Unsere Handelsleute und Gewerbtreibenden sind mit dem diesjährigen Absatz für das Fest gar nicht zufrieden, von allen Seiten hört man klagen, und leider sind sie oft genöthigt, ihre Waaren und Produkte zu den niedrigsten Preisen wegzuschleudern, nur um Geld in die Hände zu bekommen und den Geschäftsbetrieb weiter fortsetzen zu können. Man weiß gar wohl, daß kein Mangel an Geld die Ursache hiervon ist, sondern daß Jedermann sich in den Ausgaben möglichst beschränkt, und noch weniger Summen hergeben will, um Handels- oder industrielle Unternehmungen zu fördern. Und zwar geschieht dies alles, weil man sich noch immer von Befürchtungen in Bezug auf die Gestaltung der Dinge auf dem großen politischen Welttheater nicht loslagen kann. Und zwar werden diese Befürchtungen ganz und gar nicht durch die Haltung der Revolutionärs und Umsturz-Männer hervorgerufen, diese fürchtet man im Gegentheil gar nicht, vielmehr und ausschließlich werden diese Besorgnisse von Männern hervorgerufen, die gern in dem Geruch des „Konservatismus" stehen wollen und doch fortwährend von Aenderung oder gar von Abschaffung der Verfassung sprechen. Der Himmel bewahre uns vor solchen konservativen Leuten, die durch ihr Gebahren den Verkehr und die Betriebsamkeit zerstören und so recht eigentlich die gesellschaftliche Wohlfahrt untergraben.

Liegnitz. Dem Thierarzt I. Klasse, Koch zu Bunzlau, ist die Kreis-Thierarzt-Stelle im Kreise Hoyerswerda verliehen worden. — Der bisherige Adjuvant zu Waldau, Wieland, als Schullehrer zu Wenigtreben und Neuöls, bunzlauer Kreises; und der bisherige interimistische Lehrer Fischer als Schullehrer zu Würchwitz und Stumberg, glogauer Kreises bestätigt.

Berichtigung. In der gestrigen Zeitung soll es in der Anzeige [5924] des Herrn M. Waldmann in der letzten Zeile heißen: Lama-Mäntel von 5 Rtl. an.

[3547] **Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.**

Wirkl. Staatsrath v. Sevastiauf aus Petersburg. Kaufm. Hoyer aus Moskau. Kaufmann Bredow aus Stettin. Gutsbes. Grunow aus Pommern. Graf v. Ledebur aus Westpfalen. Stukaturer Hitter aus Leipzig k. Partik. Kahlert aus Hamburg. Fabrikbes. Hagenbruch aus Halle.

Markt-Preise.

Breslau am 22. Dezember

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	70	68	62	55	Sgr.
Gelber dito	68	66	63	57	"
Roggen . . .	62	60	57	53	"
Gerste . .	46	44	42	40	"
Hafer . . .	31½	30½	29	28	"
Erbsen . . .	60	57	55	53	"
Spiritus . .	11⅓ Rtlr. Gl.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Börsenberichte.

Berlin, 20. Dez. Die Börse fest und die meisten Effekten, mit Ausnahme von preußischen Fonds höher.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 109¾ à 110 bez. u. Gl., Prior. 4½% 102½ Gl., 5% 103 bez. Krak.-Oberschl. 81½ bez., 4% — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 32⅜ à ½ bez. Prior. 5% 98½ Gl. Niederschl.-Märk. 3½% 92 bez. u. Br., Prior. 4% 98¼ bez. u. Br., 4½% 101 bez. u. Br., 5% Serie III. Prior. 100¼ Gl., Prior. Serie IV. 5% 103 Gl. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4% 31 Gl. Oberschl. Litt. A. 3½% 136½ bez., Litt. B. 3½% 124½ Br. Rheinische 67¾ à 68½ bez. Stargard-Pos. 86¼ à ½ bez. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 101 bez. St.-Anleihe 1850 4½% 10 ¾ bez. St.-Schuld.-Sch. 88½ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 120 Gl. Pos. Pfdbr. 4% — — 3½% 93¾ Gl. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 98¾ à 99 bez. Poln. Pfdbr. alte — — neue 4% 93¾ Gl. Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4% 84½ bez., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 20. Dez. Die Börse war in Folge auswärtiger Kaufordres und höherer amsterdamer und pariser Notirungen sehr günstig gestimmt. Bei sehr namhaftem Umsatz haben sich besonders 5 und 4½% Metalliques, lombardische Anlehen, Bankaktien und Nordbahnaktien gehoben und wurden Bankaktien bis 1245, Nordbahn von 153½ bis 155, und lombardische Anlehen bis 96 gemacht. Fremde Valuten zur erniedrigten Notiz flau. London von 12. 18 bis 12. 14 gemacht.

5% Metall. 94, 4½% 83⅜; Nordb. 155; Hamburg 2 Monat 182½; London 3 Monat 12. 15.; Silber 23¼.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.